

Auszug aus dem Bericht des Petitionsausschusses (Stadt) Nr. 12 vom 6. September 2024:

Der Ausschuss bittet, folgende Eingabe für erledigt zu erklären, weil die Stadtbürgerschaft keine Möglichkeit sieht, der Eingabe zu entsprechen:

Eingabe Nr.: S20-342

Gegenstand: Keine Straßenbahn in der Überseestadt

Begründung:

Der Petent wendet sich gegen den Bau einer Straßenbahn in der Überseestadt. Zur Begründung führt er unter anderem aus, dass dafür Bäume gefällt werden müssten, es durch den Bau der Straßenbahntrasse und den Betrieb der Straßenbahn zu erheblichen Lärmbelastungen kommen würde und der Naherholungsort des Strandparks Waller Sand abgewertet würde. Zudem könnten durch die optionale Querung des Europahafens die Segelboote die Marina nicht mehr anlaufen und der Hafen würde seinen maritimen Charakter verlieren.

Statt einer Straßenbahnverbindung in die Überseestadt schlägt der Petent die Einrichtung einer Quartiersbuslinie vor, welche als Zubringer zu den Straßenbahn-Haltestellen „Waller Ring“ und „Konsul-Smidt-Straße“ fungieren solle. Eine schnelle kurz getaktete Busverbindung sei notwendig. Die Streckenführung eines Busses sei flexibler machbar und schneller umsetzbar als bei einer Straßenbahn und auch die Kosten seien geringer.

Die Petition wird von 466 Mitzeichnenden unterstützt. Auch wurde eine Liste mit weiteren 11 Unterstützer:innen der Petition eingereicht.

Der Petitionsausschuss hat zu dem Vorbringen des Petenten mehrere Stellungnahmen der Senatorin für Klimaschutz, Umwelt, Mobilität, Stadtentwicklung und Wohnungsbau eingeholt. Zudem wurde die Petition in öffentlicher Sitzung beraten und der Petitionsausschuss führte in der Angelegenheit eine Ortsbesichtigung durch. Daraufhin holte der Petitionsausschuss eine Stellungnahme der Senatorin für Bau, Mobilität und Stadtentwicklung ein. Unter Berücksichtigung dessen stellt sich das Ergebnis der parlamentarischen Prüfung zusammengefasst wie folgt dar:

In der eingeholten Stellungnahme der Senatorin für Klimaschutz, Umwelt, Mobilität, Stadtentwicklung und Wohnungsbau wird auf die durchgeführte Machbarkeitsuntersuchung für die Umsetzung einer Straßenbahnverbindung in die Überseestadt verwiesen. Danach ist das Ziel eine direkte Straßenbahnlinienführung weit in die Überseestadt hinein, um zu einer signifikanten Entlastung der verkehrlichen Situation in der Überseestadt beizutragen. Die Machbarkeitsuntersuchung filtert aus einer Vielzahl theoretisch möglicher Trassenvarianten für eine Straßenbahnstrecke in die Überseestadt acht Varianten heraus und konstatiert zusammenfassend, dass die Erschließung der Überseestadt mit der Straßenbahn mit allen acht vertieft untersuchten Varianten technisch machbar und verkehrlich sinnvoll ist. Die Senatorin für Klimaschutz, Umwelt, Mobilität, Stadtentwicklung und Wohnungsbau betont dazu, dass die Überseestadt als Quartier mit der Entwicklung von Wohnen und Arbeiten den Bedarf hat, an die Innenstadt und den Hauptbahnhof Bremen direkt, d.h. ohne Umsteigeverbindungen angebunden zu sein.

Des Weiteren werden die nächsten Planungsphasen erläutert, wobei auch der vom Petenten eingebrachte Kritikpunkt der Straßenraumgestaltung berücksichtigt würde. Auch sei eine Geräuschbetrachtung grundsätzlich Teil eines Planfeststellungsverfahrens. Hinsichtlich des Bedenkens des Petenten, dass der Hafen seinen maritimen Charakter verlöre, wenn Segelboote nicht mehr die Marina anlaufen könnten, wurde im Rahmen der öffentlichen Anhörung seitens der zuständigen Vertretung der Senatorin für Klimaschutz, Umwelt, Mobilität, Stadtentwicklung und Wohnungsbau ausgeführt, dass sich hinter der geplanten Brücke über den Europahafen kleinere Motorjachten ansiedeln und vor der Brücke ein weiterer Jachthafen entstehen könne, was den maritimen Charakter stärken würde.

Auf den im weiteren Fortgang des Verfahrens seitens des Petenten gemachten Vorschlägen, der Einführung eines Ringbusbetriebes für die Überseestadt, reagiert die Senatorin für Klimaschutz,

Umwelt, Mobilität und Stadtentwicklung mit dem Hinweis, dass bis zur Fertigstellung der neuen Straßenbahnverbindung in die Überseestadt das bestehende Buserschließungskonzept weiter optimiert würde. Bus und Straßenbahn schlossen sich nicht aus und sollten getrennt voneinander betrachtet werden. Auch nach der Inbetriebnahme der Straßenbahn würde es ein ergänzendes Busnetz geben. Ein Ringbusbetrieb, welcher eine reine Quartierslinie sei, hätte stets einen Umsteigezwang und würde daher keine Vorteile hinsichtlich der Anbindung der Überseestadt Richtung Hauptbahnhof und Innenstadt bringen.

Hinsichtlich des in der Petition geforderten Baumerhaltes wird in der eingeholten Stellungnahme der Senatorin für Klimaschutz, Umwelt, Mobilität, Stadtentwicklung und Wohnungsbau ausgeführt, dass die Machbarkeitsstudie zeige, dass beim Bau einer Straßenbahnlinie in die Überseestadt nicht alle Bäume bestehen bleiben könnten. Allerdings würde die endgültige Trassenführung erst in kommenden Planungsphasen konkretisiert und oberste Maxime sei dabei stets Bäume zu erhalten. Falls dies nicht möglich sei würden Ersatzpflanzungen standortnah vorgenommen.

Die sich nunmehr im Amt befindliche Senatorin für Bau, Mobilität und Stadtentwicklung schloss sich der Stellungnahme der Senatorin für Klimaschutz, Umwelt, Mobilität, Stadtentwicklung und Wohnungsbau an und führt aus, dass der Ausbau des Straßenbahnnetzes auch in dieser Legislaturperiode für die Weiterentwicklung des zukunftsfähigen ÖPNV einen wichtigen Baustein darstelle, wozu auch die Straßenbahnverlängerung in die Überseestadt zähle.

Auch aufgrund der dieser Eingabe des Petenten entgegengesetzten, etwa zeitgleich eingereichten Petition S20-344 „Pro Straßenbahn in der Überseestadt“, welche sich für den geplanten Bau einer Straßenbahnverbindung in die Überseestadt ausspricht, hat sich der Petitionsausschuss intensiv mit den verschiedenen Argumenten für und gegen den Bau einer Straßenbahnverbindung auseinandergesetzt. Auch wenn der Petitionsausschuss die Einwände des Petenten gegen den Bau einer Straßenbahn in der Überseestadt teilweise nachvollziehen kann, überzeugt den Ausschuss die in der Machbarkeitsstudie und den eingeholten Stellungnahmen vorgebrachten Argumente, welche für den Bau einer Straßenbahnverbindung in die Überseestadt sprechen.

Vor dem Hintergrund, dass die Planungen für eine Straßenbahnanbindung in die Überseestadt aktuell weiterverfolgt und konkretisiert werden, auch wenn noch kein genauer Zeitpunkt für die Inbetriebnahme einer Straßenbahnanbindung in die Überseestadt genannt werden kann, erklärt der Ausschuss die Petition für erledigt, weil er keine Möglichkeit sieht, dem Anliegen zu entsprechen.